

Bau- und Planungsausschuss

Protokoll Nr. BPA/18/2010

Umweltausschuss

Protokoll Nr. UA/10/2010

**über die teilweise gemeinsame (TOP 1 bis 5)
öffentliche Sitzung des Bau- und Planungsausschusses
und Umweltausschusses am 01.12.2010,
Ahrensburg, Rettungszentrum, Am Weinberg 2**

Beginn gemeinsame Sitzung : 19:00 Uhr
Ende gemeinsame Sitzung : 21:15 Uhr
Ende der BPA-Sitzung : 22:32 Uhr

Unterbrechung der Sitzung : 20:55 Uhr bis 21:05 Uhr

Anwesend

Bau- und Planungsausschuss

Vorsitz

Herr Jörg Hansen

Stadtverordnete

Herr Werner Bandick
Frau Carola Behr
Herr Uwe Grassau
Frau Anna-Margarete Hengstler
Frau Monja Löwer
Herr Hartmut Möller
Herr Rafael Haase

Bürgerliche Mitglieder

Herr Michael Stukenberg
Herr Heino Wriggers

i. V. f. StV Bellizzi

Umweltausschuss

Vorsitz

Herr Dieter Heidenreich

Stadtverordnete

Herr Werner Bandick
Frau Doris Brandt

ab 19:10 Uhr, TOP 2;
bis 21:15 Uhr, TOP 5
bis 21:15 Uhr; TOP 5
beratend

Herr Horst Marzi
Herr Michael Stukenberg

Bürgerliche Mitglieder

Frau Cordelia Koenig
Frau Marleen Möller

bis 21:15 Uhr; TOP 5
i. V. f. StV Bosse; bis 21:15 Uhr;
TOP 5

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Frau Lisa Brauner

Kinder- und Jugendbeirat

Herr Rolf Griesenberg
Frau Janica Lamprecht

Kinder- und Jugendbeirat;
bis 21:15 Uhr; TOP 5

Herr Bela Randschau
Herr Dieter Heidenreich

Sonstige, Gäste

Frau Roswitha Düsterhöft

Büro Düsterhöft; zu TOP 5

Verwaltung

Herr Wilhelm Thiele
Herr Stephan Schott
Herr Hauke Seeger
Frau Stefanie Mellinger
Herr Andreas Janik
Herr Stephan Goßaint
Herr Jan Richter
Herr Maik Duffert
Herr Ulrich Kewersun
Frau Maren Uschurat

Protokollführer TOP 6 und 10
Protokollführerin Rest

Entschuldigt fehlt/fehlen

Bau- und Planungsausschuss

Stadtverordnete

Herr Thomas Bellizzi
Frau Sabrina Bosse

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Die Vorsitzenden haben sich vorab darauf geeinigt, dass der BPA-Vorsitzende, Herr Hansen, die gemeinsame Sitzung leitet.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Festsetzung der Tagesordnung
2. Einwohnerfragestunde
3. Umwandlung des Auetals zwischen Klärwerk und Schlossteich in ein Naturschutzgebiet **AN/061/2010**
4. Antrag aus der Einwohnerversammlung am 29.6.2010 **2010/134**
 - Änderungen der Aussagen im ISEK
 - Erweiterung des Naturschutzgebietes "Ammersbek- Hunnau-Niederung"
5. Rahmenplan Schlossviertel/ Erlenhof **2010/140**
 - Beschluss über den geänderten Rahmenplanentwurf
6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 17/2010 vom 17.11.2010
7. Bekanntgabe des in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlusses
 - a b g e s e t z t -
8. Vorstellung des städtischen Infrastrukturvermögens und dessen Unterhaltungsbedarf
 - a b g e s e t z t -
9. Höhe der Parkgebühren **2010/096**
10. Erlass der Haushaltssatzung 2011 für das Haushaltsjahr 2011 und Folgejahre **2010/127**
 - 1. Entwurf des doppischen Haushalts mit Ergebnis - und Finanzhaushalt für 2011 und die Folgejahre 2012 bis 2014 -
11. Kenntnisnahmen
 - 11.1 Unterbrechung der Pflasterarbeiten in der Klaus-Groth-Straße
 - 11.2 Beschlusskontrolle
 - 11.3 Anträge aus der Einwohnerversammlung vom 30.11.2010
 - 11.4 Beschaffung von 3 neuen Transparentanlagen
 - 11.5 Weihnachtsessen des BPA
 - 11.6 Quartiersumbau Reeshoop
 - B-Planverfahren

12. Verschiedenes

12.1 Mobile Geschwindigkeitsmessenanlagen

12.2 Umgangsformen zwischen den Ausschussmitgliedern

12.3 Abwägungsprozess für den B-Plan Nr. 91 "Hansdorfer Straße"

12.4 Container in der Stormarnstraße

12.5. Anfragen eines Bürgers zur Straßenreinigung, Laubentsorgung und Straßenbeschilderung

12.6 Schlüsselübergabe für das Peter-Rantzau-Haus

1 Festsetzung der Tagesordnung Bau- und Planungsausschuss/Umweltausschuss

Der Vorsitzende bezieht sich auf die in der Einladung vom 18.11.2010 vorgeschlagene Tagesordnung und gibt bekannt, dass in der heutigen Sitzung keine Einzelbauvorhaben vorgestellt werden müssen, der Tagesordnungspunkt „Vorstellung von Einzelbauvorhaben“ insofern entfallen und von der Tagesordnung genommen werden kann.

Ohne weitere Aussprache wird anschließend mit Hinweis auf die überwiegenden Belange des öffentlichen Wohls und der berechtigten Interessen einzelner über den Antrag des Vorsitzenden auf Ausschluss der Öffentlichkeit abgestimmt.

Der BPA stimmt einstimmig und damit mit der gemäß § 46 Abs. 8 i. V. m. § 35 Abs. 2 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein erforderlichen Mehrheit von 2/3 der anwesenden Ausschussmitgliedern zu.

Ferner weist die Verwaltung darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt „Bekanntgabe des in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlusses“ entfallen kann, da in der letzten Sitzung kein Beschluss gefasst worden ist.

Auf Anregung eines Ausschussmitgliedes kommt man überein, die Tagesordnungspunkte 3 und 5 miteinander zu tauschen, da es sinnvoll erscheint, erst über die Ausweisung des Auetals als Naturschutzgebiet zu befinden, bevor der Rahmenplan „Schlossviertel/Erlenhof“ beschlossen wird.

Der Vorsitzende schlägt abschließend vor, den Tagesordnungspunkt „Vorstellung des städtischen Infrastrukturvermögens und dessen Unterhaltungsbedarf“ aus Zeitgründen auf die nächste Sitzung zu verschieben.

Letztlich wird der gesamten Tagesordnung zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: **Alle dafür**

2 Einwohnerfragestunde Bau- und Planungsausschuss/Umweltausschuss

Herr Kausch bezieht sich auf die Festlegung der Wasserspiegel im Tunneltal, um sowohl eine Austrocknung als auch eine Überschwemmung zu vermeiden. Er ist der Auffassung, dass die vorgegebenen Wasserstände seit einiger Zeit nicht mehr erreicht werden. Er möchte nun wissen, was die Ursache dafür ist.

Daraufhin berichtet die Verwaltung, dass das Stauwehr schon seit einiger Zeit geöffnet ist, da es sich hierbei um einen Langzeitversuch handelt, auch ohne Stauung einen geregelten Abfluss zu erhalten. Da das Tunneltal sehr flach ist, wird kontrovers diskutiert, ob der Querschnitt nicht zukünftig verengt werden

sollte, um einen besseren Wasserabfluss zu erreichen.

Ferner erkundigt sich **Herr Kausch**, weshalb die Fischtreppe bereits nach kurzer Zeit repariert werden muss. Wie die Verwaltung berichtet, handelt es sich nicht um eine Fischtreppe, sondern um eine Sohlgleite, deren Träger der Gewässerpflegeverband ist. Die Reparatur wird als Versicherungsschaden der beteiligten Baufirma beglichen.

Abschließend erkundigt sich **Herr Kausch** nach dem Sachstand zum Alfred-Rust-Weg. Er hat bereits vor geraumer Zeit angeregt, den unpassierbaren Bereich durch den Einbau von Wegebaumaterial zu sanieren.

Daraufhin teilt die Verwaltung mit, dass ein Auftrag an den Bauhof bereits vergeben wurde und der Wanderweg demnächst ausgebessert wird.

Frau Adamczewski bezieht sich auf die Beschlussvorlage Nr. 2010/134. In der Vorlage heißt es auf Seite 2 „Schutz und Erhalt des Auetals lassen sich aufgrund naturschutzrechtlicher Vorschriften jedoch auch ohne Ausweisung als Naturschutzgebiet verwirklichen. Diese Aufgabe wird dadurch erleichtert, dass die schutzwürdigen Teile des Auetals sich überwiegend im Eigentum der Stadt befinden.“ Nach Auffassung von Frau Adamczewski ist jedoch nicht das Eigentum, sondern das Grundstück für den Naturschutz maßgeblich und deshalb eine Ausweisung als Naturschutzgebiet geboten.

Herr Haring stellt einige Fragen zur Infrastruktur von Ahrensburg (**vgl. Anlage 1**), die ihm nach Absprache schriftlich beantwortet werden (**vgl. Anlage 2**).

Des Weiteren stellt er eine weitere Frage bezüglich der Nordtangente. Er möchte wissen, weshalb der Ausschuss die Berechnung der neuen Variante der Nordtangente, die über das Grundstück eines Einzelhandelsgeschäftes führt, beauftragt wurde. Der Vorsitzende weist darauf hin, dass diese Frage an die Selbstverwaltung und nicht an die Verwaltung gerichtet ist und sagt zu, die Frage bei passender Gelegenheit zu beantworten.

Herr Siemers bittet darum, dass die Ampelanlage an der Kreuzung Am Aalfang/Manha-gener Allee ebenso wie andere Straßen auch nachts abgeschaltet werden soll, da hier häufig unnötig Fahrzeuge auf Grün warten.

Anmerkung der Verwaltung:

Seit einer vor einiger Zeit aufgetretenen Störung der Anlage ist die Funkuhr defekt. Dies hat zur Folge, dass die Schaltzeiten von 06:00 bis 22:00 Uhr nicht mehr aktiv sind und derzeit auch nicht mehr einstellbar. Die Anlage wurde im Jahr 1988 aufgestellt. Aufgrund des Alters können keine Ersatzteile mehr geliefert werden, außerdem ist bei einer weiteren Störung davon auszugehen, dass das gesamte Steuergerät ausgetauscht werden muss.

Ferner bittet er die Verwaltung mitzuteilen, in welcher Reihenfolge die Straßenschäden aus dem letzten Winter behoben werden sollen, insbesondere im Hinblick des bereits jetzt eintretenden Winters.

Anmerkung der Verwaltung:

Die im BPA bekannt gegebene Liste der Winterschäden wurde bereits von der Verwaltung abgearbeitet. Des Weiteren wird zurzeit der Zustand der Ahrensburger Straßen (Fahrbahn und Nebenanlagen) durch einen Gutachter erfasst. Erste Ergebnisse werden in der nächsten Sitzung vorgestellt. Eine Prioritätenliste wird es jedoch erst im Frühjahr 2011 geben.

Abschließend bittet er die Verwaltung darum mitzuteilen, wann der Radweg am Starweg repariert werden soll, da in 2011 keine Mittel hierfür vorgesehen sind.

Anmerkung der Verwaltung:

Der Verwaltung ist bekannt, dass sich der Radweg im Starweg in keinem guten Zustand befindet. Jedoch können einzelne Sanierungsmaßnahmen nicht isoliert von den anderen Verkehrsflächen betrachtet werden. Sobald der Verwaltung die derzeit erstellte Prioritätenliste vorliegt und die notwendigen Haushaltsmittel von der Selbstverwaltung bereitgestellt werden, wird die Erneuerung des Starwegs realisiert werden.

Herr Offen bezieht sich auf die Vorlagen-Nr. 2010/134. Er ist der Auffassung, dass der Eindruck entsteht, dass die Landesnaturschutzbehörde den Wert des Auetals als Naturschutzgebiet nicht sieht. Für ihn ist die Umwandlung des Auetals zwischen Klärwerk und Schlossteich in ein Naturschutzgebiet die logische Verlängerung des Naturschutzgebietes innerhalb des Biotops. Auch macht er darauf aufmerksam, dass naturschutzrechtlich ein großer Unterschied besteht, ob 150 m oder 300 m ausgewiesen werden.

Er bittet die Verwaltung mitzuteilen, welches Interesse die Verwaltung an dem Naturschutzgebiet hat und welche Maßnahmen ergriffen werden sollen. Die Beantwortung der Fragen erfolgt im Tagesordnungspunkt.

- 3 **Umwandlung des Auetals zwischen Klärwerk und Schloss- AN/061/2010
teich in ein Naturschutzgebiet**
- 4 **Antrag aus der Einwohnerversammlung am 29.6.2010 2010/134**
- **Änderungen der Aussagen im ISEK**
- **Erweiterung des Naturschutzgebietes "Ammersbek-
Hunnau- Niederung"**
 Bau- und Planungsausschuss

Die Tagesordnungspunkte 3 und 4 wurden gemeinsam behandelt, jedoch einzeln abgestimmt.

Einleitend zeigt die Verwaltung die Abgrenzung des Naturschutzgebietes auf, wie es im Jahr 2002 ausgewiesen wurde, und betont, dass die Ausweisung nicht zufällig erfolgt ist, sondern weil dieser Zuschnitt fachlich geboten war. Auf Grundlage des alten Landschaftsplanes und der Biotopkartierungen, die unter anderem im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung vorgenommen wurden, sah die Stadtverwaltung bisher keine Grundlage für die Beantragung eines Naturschutzgebietes.

Im Jahr 2003 wurde für den Investor eine detaillierte Erfassung des Gebietes vorgenommen, welche zum Ergebnis hatte, dass die Ausweisung als Naturschutzgebiet nicht geboten ist (B 75, künstliche Teiche, begradigte Bachabschnitte etc.).

Es besteht zwar die Möglichkeit, einen Antrag beim zuständigen Landesamt zu stellen, dies würde jedoch ein lang andauerndes Verfahren nach sich ziehen, insbesondere im Hinblick auf die fachliche Begründung für die Ausweisung eines Naturschutzgebietes. So ist z. B. fraglich, ob der besondere Schutz von Natur und Landschaft bereits im Sinne des § 23 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) tatsächlich gegeben ist. Ferner gibt es einen bestehenden Schutz gemäß § 30 BNatSchG. Nachdem die Hauptverbundachse in einem Biotopverbund nicht zwingend als Naturschutzgebiet auszuweisen ist.

Abschließend weist die Verwaltung darauf hin, dass sich große Teile der Flächen im Eigentum der Stadt befinden und eine Selbstverpflichtung vorgenommen werden kann und die Stadt auch bereits tätig geworden ist, um biotopverbessernde Maßnahmen durchzuführen. So wurde beispielsweise bereits eine Renaturierung durchgeführt.

In der nun folgenden Diskussion werden das Für und das Wider einer Antragstellung auf Ausweisung eines Naturschutzgebietes ausgetauscht.

Zunächst wird über den Antrag AN/061/2010 abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Bau- und Planungsausschuss

2 dafür

6 dagegen

1 Enthaltung

Umweltausschuss

**3 dafür
4 dagegen**

Abschließend wird über die Vorlage Nr. 2010/134 abgestimmt.

Beschlussvorschlag Nr. 1

Abstimmungsergebnis

Bau- und Planungsausschuss

Alle dafür

Umweltausschuss

Alle dafür

Beschlussvorschlag Nr. 2

Abstimmungsergebnis

Bau- und Planungsausschuss

**7 dafür
2 dagegen**

Umweltausschuss

**4 dafür
3 dagegen**

Frau Düsterhöft geht auf die neuen Anforderungen für den Rahmenplan Schlossviertel/Erlenhof ein (**vgl. Anlage 1**). Vorab weist sie darauf hin, dass rein von der Lehre her Einfamilien- und Doppelhäuser zur gleichen Kategorie zählen. Sie weist auf die Schwierigkeit hin, das städtebauliche Grundkonzept durch die Änderungen nicht zu verwerfen und auch die Beibehaltung der angestrebten sozialen Mischung sowie der unterschiedlichen Wohnformen zu gewährleisten.

Frau Düsterhöft zeigt anhand des modifizierten Entwurfes, welche Änderungen am Rahmenplan vorgenommen wurden. So sind beispielsweise im Westen mehr Einfamilienhäuser eingefügt worden. Wie sie betont, hat sie bei der Überarbeitung des Rahmenplanes strikt darauf geachtet, dass die Versiegelung Richtung Aue so gering wie möglich gehalten wird.

Anschließend zeigt Frau Düsterhöft die Bautypenverteilung im geänderten Entwurf auf, der nur noch 447 statt 472 Wohneinheiten aufweist. Die Realisierung soll in zwei großen und einem kleinen Bauabschnitt erfolgen. Zunächst ist für die Entwicklung des Gebietes nur eine Erschließungsstraße notwendig, die ggf. zu einem späteren Zeitpunkt durch eine zweite dauerhafte Erschließung ergänzt werden soll.

Abschließend macht Frau Düsterhöft deutlich, dass durch die Reduzierung der Wohneinheiten höhere Erschließungskosten entstehen, die Auslastung von der Infrastruktur fraglich ist, weniger Angebote an unterschiedlichen Wohnformen zur Verfügung stehen sowie ein weniger ressourcenschonendes Bauen möglich ist. Sie bittet die Selbstverwaltung, dies bei ihrer Entscheidung zu berücksichtigen.

Im Anschluss zeigt die Verwaltung im Schwarzplan (**vgl. Anlage 2**) die geringe bauliche Dichte im Vergleich zu anderen Gebieten, um zu verdeutlichen, dass es im Gebiet Erlenhof zu keiner übermäßigen Verdichtung kommt. Nachfolgend geht sie auf die Anzahl der Wohneinheiten vom geänderten Rahmenplanentwurf zum diskutierten Vorschlag mit 300 Wohneinheiten ein. Sie macht hierbei deutlich, dass sich der bezahlbare Wohnraum verringert, wenn es zu einer Reduzierung der Wohneinheiten gegenüber dem geänderten Rahmenplanentwurf kommt.

Ferner zeigt sie auf, dass durch den Bau von Einfamilienhäusern weniger freie Flächen bleiben und es folglich zu einer größeren Versiegelung der Flächen kommt. Sie zeigt hierzu die Veränderung von Einfamilienhaus über Doppelhaus und Reihenhaushin zur Stadtvilla auf.

Um zu verdeutlichen, wie sich die Kosten ungefähr entwickeln, hat die Verwaltung dies für die einzelnen Gebäudeformen ausgerechnet, um auch die Preisunterschiede verdeutlichen zu können. Auch hat sie die Infrastrukturkosten des geänderten Rahmenplanentwurfs und des Vorschlags mit 300 Wohnein-

heiten ermittelt und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass pro Wohneinheit bei Reduzierung der Wohneinheiten auf 300 60 % mehr Kosten für die Infrastruktur entstehen.

In der anschließenden Diskussion werden verschiedene Aspekte kontrovers behandelt. So macht ein Ausschussmitglied darauf aufmerksam, dass der gewünschte Mix, die Wohnform zu dritteln, nicht umgesetzt wurde. Frau Düsterhöft macht hierzu deutlich, dass mit dem vorliegenden Vorschlag die Grenzen des Konzeptes erreicht sind und bei einer gewünschten weiteren Reduzierung ein neues Gesamtkonzept erarbeitet werden müsste.

Ein Beiratsmitglied gibt zu bedenken, dass in den vergangenen Jahren immer wieder bezahlbarer Wohnraum, unter anderem für junge Menschen, gefordert wurde und dies im Gebiet Erlenhof nicht durch eine übermäßige Forderung nach Einfamilienhäusern gefährdet werden sollte.

Kontrovers wird auch die Frage nach der Auslastung der Infrastrukturen diskutiert. Da für die vorliegende Änderung keine Mehrheitsbildung absehbar ist, schlägt ein Ausschussmitglied vor, gemeinsam einen Kompromiss zu finden und diesen gemeinsam zu beschließen.

Nach vertiefender Diskussion über die Möglichkeit eines Kompromisses beantragt ein Ausschussmitglied das Ende der Debatte.

Abstimmungsergebnis:

Bau- und Planungsausschuss	2 dafür 6 dagegen
Umweltausschuss	3 dafür 3 dagegen 1 Enthaltung

Dem Antrag wird somit nicht stattgegeben, jedoch wird sich darauf geeinigt, die Diskussionen für 10 Minuten zu unterbrechen.

Nach 10-minütiger Unterbrechung schlägt ein Ausschussmitglied vor, sich am 08.12.2010 dem Umweltausschuss anzuschließen und den erarbeiteten Kompromiss zum Tagesordnungspunkt außerordentlich zu beraten und zu beschließen. Nach kurzer Aussprache kommt man überein, dieser Empfehlung zu folgen und am 08.12.2010 über den geänderten Entwurf abzustimmen.

Abschließend bittet ein Ausschussmitglied darum, dass die Verwaltung bezüglich der Brückenquerungen in der kommenden Sitzung am 08.12.2010 eine kurze Info gibt.

6 Einwände gegen die Niederschrift Nr. 17/2010 vom 17.11.2010

Die beiden Hinweise beziehen sich auf den nicht öffentlichen Teil der Sitzung bzw. des Protokolls und hier den TOP 14.1, abgedruckt auf der handschriftlichen Seite 56:

1. Der erste Absatz wird wie folgt ergänzt:

„Gegen dieses konvexe Element erheben mehrere Ausschussmitglieder Einwände und fordern die Verwaltung auf, den Wunsch nach Überarbeitung an den Antragsteller weiterzugeben.“

2. Im zweiten Absatz wird im vorletzten Satz die Textpassage „Hamburger Straße“ ersetzt durch „Hagener Allee und die Gerhardstraße.“

Keine weiteren Einwendungen. Das Protokoll gilt damit unter Berücksichtigung der beiden genannten Anpassungen als genehmigt.

7 Bekanntgabe des in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlusses

– a b g e s e t z t –

8 Vorstellung des städtischen Infrastrukturvermögens und dessen Unterhaltungsbedarf

– a b g e s e t z t –

Bevor es zu einer Abstimmung über die Höhe der Parkgebühren kommt, möchte ein Ausschussmitglied wissen, zu welchem Ergebnis die Verwaltung hinsichtlich der Erhebung von Parkgebühren auf dem Parkplatz Alte Reitbahn gekommen ist. Ferner bittet es darum, dass bei Erhebung von Parkgebühren auf dem Parkplatz für die umliegenden Anlieger Parkplätze geschaffen werden, um zu verhindern, dass die Nebenstraßen zugeparkt werden.

Die Verwaltung berichtet, dass der Parkplatz Alte Reitbahn planungsrechtlich zwar als Grünfläche festgesetzt wurde, diese Festsetzung jedoch mittlerweile obsolet. Dennoch ist derzeit fraglich, ob der Parkplatz in seinem jetzigen Zustand als öffentlich zugänglicher Parkplatz gegen Gebühren genutzt werden kann, da es zu keiner tatsächlichen Verwirklichung gekommen ist.

Die Bewirtschaftung sollte zum Anlass genommen werden, den Parkplatz zunächst in einen ordnungsgemäßen Zustand zu bringen.

Der Antrag der CDU-Fraktion wird um den Punkt ergänzt, ein Konzept zum Anwohnerparken, insbesondere in der Klaus-Groth-Straße zu entwickeln.

Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt folgenden Beschlussvorschlag:

1. a) Für die Parkraumbewirtschaftung in der Innenstadt wird ein neues Tarifsysteem eingeführt, bei dem für die erste Stunde eine Gebühr von 50 Cent und für jede weitere angefangene halbe Stunde zusätzliche 50 Cent erhoben werden. Die maximale Parkdauer beträgt unverändert drei Stunden.
- b) Der Parkplatz Klaus-Groth-Straße/Bruno-Bröker-Haus ist in die Parkraumbewirtschaftung mit einzubeziehen.
2. a) Für die Alte Reitbahn wird zukünftig an Wochentagen ein Tagesticket von 2 € eingeführt.
- b) Die Verwaltung wird aufgefordert, kurzfristig ein Konzept für Anwohnerparken auf den von der möglichen Verdrängung betroffenen öffentlichen Flächen (insbesondere in der Klaus-Groth-Straße) zu entwickeln und möglichst zeitnah zur Gebührenpflicht auf der Alten Reitbahn einzuführen.

Der Ausschuss stimmt jeweils einzeln über die neu nummerierten Vorschläge ab.

1. Abstimmungsergebnis:	6 dafür 3 dagegen
--------------------------------	------------------------------------

2. Abstimmungsergebnis:	5 dafür 3 dagegen 1 Enthaltung
--------------------------------	---

Der Antrag ist somit angenommen.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Empfehlung des BPA führte zu einer Anpassung der Vorlage für die Stadtverordnetenversammlung am 13.12.2010 (vgl. Vorlagen-Nr. 2010/096/1).

10 **Erlass der Haushaltssatzung 2011 für das Haushaltsjahr 2010/127
2011 und Folgejahre**

**- 1. Entwurf des doppischen Haushalts mit Ergebnis -
und Finanzhaushalt für 2011 und die Folgejahre 2012 bis
2014 -**

Auf Vorschlag des Vorsitzenden kam der BPA am 17.11.2010 überein, das Thema Haushalt 2011 auf die heutige Tagesordnung zu setzen und möglichst abschließend zu behandeln. Dabei wurde an die Ausschussmitglieder appelliert, Fragen und Anträge so rechtzeitig zu stellen und der Verwaltung zu übermitteln, dass diese noch die Möglichkeit hat, hierauf zu reagieren, d. h. Stellung zu nehmen und Hintergrundinformationen zu geben.

Die Verwaltung hat zu den Punkten mit Schriftstück vom 26./29.11.2010 bzw. per E-Mail vom 29.11.2010 Zusatzinformationen gegeben, wobei Basis hierfür nur die Eingänge bis zum 25.11.2010 sein konnten.

Die Beratung des BPA wird vorgenommen anhand der **Investitionen gemäß Teilfinanzhaushalten** (vgl. erste grüne Seiten ab unten abgedruckter Seite 44 bzw. Produkt 54100, in tabellarischer Darstellung) ergänzt um die entsprechenden Bemerkungen in den **Teilfinanzhaushalten** (vgl. grüne Blätter ab Seite 292). Dementsprechend sind nachstehend die einzelnen Positionen aufgelistet.

Im Rahmen der Investitionen wurden insbesondere folgende Maßnahmen thematisiert:

— **Seite 44 (grün), PSK 54100.2331003, Beiträge Moltkeallee**

Da die Schlussrechnung zum Ausbau der Moltkeallee noch nicht vorliegt und dadurch die sich nach den tatsächlichen Kosten richtenden Beiträge nicht ermittelt und nicht mehr im Jahr 2010 eingenommen werden können, sollten die Beitragseinnahmen in Höhe von 175.000 € im Jahr 2011 erneut eingestellt werden.

Wie der Fachdienst I.1 festgestellt hat, sieht die GemHVO-Doppik keine Ermächtigung vor, um Haushaltseinnahmereste zu bilden, wobei hinsichtlich des Sinns Folgendes ausgeführt wird:

Der investive Bereich der Doppik wird im Finanzhaushalt abgebildet. Dort ist insbes. die Frage der **Liquidität** von Bedeutung. Die Liquidität kann sich durch die Bildung von Einzahlungsresten nicht mehr rückwirkend für 2010 verbessern. Anders als bei den **Auszahlungen**, bei denen die Reste eine **Ermächtigung für das Folgejahr zur Leistung von Auszahlungen** darstellen, wird für Einzahlungen keine vergleichbare Ermächtigung benötigt.

Insofern sind sämtliche nicht realisierten Einnahmen im Finanzhaushalt generell wieder neu zu veranschlagen. Der BPA nimmt hiervon zustimmend Kenntnis.

— **Seite 44 (grün), PSK 54100.043000, Lichtsignalanlage Hagener Allee/Bargenkoppelredder**

Vgl. Antrag Nr. AN/069/2010 der CDU-Fraktion, Antrag Nr. AN/099/2010 der WAB-Fraktion und Frage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ob die Maßnahme verschoben werden kann.

Der Verkehrsknoten Hagener Allee, Bargenkoppelredder, Bogenstraße ist seit Jahren im Fokus der Stellen, die für die Abwicklung des öffentlichen Verkehrs zuständig sind. Im Rahmen der Verkehrsschau 2010 wurde hierzu Folgendes im Protokoll festgehalten:

„Die Hagener Allee ist die Hauptverbindung aus dem südlichen Stadtteil in die Ahrensburger Innenstadt und dementsprechend stark frequentiert. Motorisierte Verkehrsteilnehmer auf der Hagener Allee haben an der Kreuzung Hagener Allee/Bargenkoppelredder/Bogenstraße keine eigenen Signalgeber und können die Signalgeber des Bargenkoppelredder oder der Bogenstraße nur zum geringen Teil oder überhaupt nicht einsehen. Die Verkehrsteilnehmer fahren in den Kreuzungsbereich ein, ohne zu wissen, ob und wie lange die anderen Verkehrsteilnehmer auf der vorfahrtsberechtigten Straße ein Rot-Signal haben. Alle Teilnehmer sind sich einig, dass hier eine Vollsignalisierung der Kreuzung Hagener Allee/Bargenkoppelredder/Bogenstraße unverzüglich zur Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer, insbesondere der Schulkinder der angrenzenden Stormarnschule, installiert werden muss“.

Es gibt einen Handlungsbedarf, wobei die Lösung nur in einer hier auch kalkulierten Vollsignalisierung bestehen kann. In diesem Bereich handelt es sich um eine Weisungsangelegenheit.

Nach kurzer Diskussion des Sachverhalts vertritt der BPA mehrheitlich die Auffassung, wonach die Investition zur Sicherung des Verkehrs- und Schulweges nicht unbedingt erforderlich ist. Sodann wird über den weitestgehenden Antrag der CDU-Fraktion (AN/069/2010) abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:	6 dafür
	2 dagegen
	1 Enthaltung

— **Seite 44 (grün), PSK 54100.460000, Depotcontainer-Standorte**

Vgl. Frage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, welche konkrete Maßnahme dahinter steht und diese verschoben werden kann.

Erneuerungsbedürftig für die zunächst geschätzten 25.000 € ist die Wertstoffbehälteranlage in der Stormarnstraße zwischen den Einmündungen Hermann-Löns-Straße und Friedensallee. Die Seitenwand ist von der Art und Höhe so gewählt worden, dass die angrenzende hohe Wohnbebauung nicht unter den dort zu befürchtenden Immissionen leidet. Die Anlage befindet sich in einem schlechten Zustand und ist vom Grunde her erneuerungsbedürftig.

Man kommt nach Klärung von Verständnisfragen überein, die hierfür erforderlichen Mittel erst im Jahr 2012 bereitzustellen und fordert die Verwaltung auf bis dahin zu untersuchen, ob im Hinblick auf die nahe Straßeneinmündung der Friedensallee und die Verschwenkung des Geh- und Radweges die Anlage dort nicht anders angeordnet werden kann.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

— **Seite 44 (grün), PSK 54100.0700000, Beschaffung fester Geschwindigkeitsmessenanlagen**

Vgl. Antrag Nr. AN/090/2010 von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Antrag Nr. AN/069/2010 der CDU-Fraktion

Nach dem Lärmaktionsplan der Stadt Ahrensburg, der im Sommer 2009 nach Beschluss in der Stadtverordnetenversammlung am 29.06.2009 an das Land geschickt wurde, hat sich die Stadt dazu verpflichtet, in den Straßen Bornkampsweg, Lübecker Straße und Reeshoop Geschwindigkeitsmessenanlagen aufzustellen. Nach dem Zeitplan zur Lärmaktionsplanung vom Januar 2010 wurden diese 3 Standorte um die Straße Brauner Hirsch ergänzt.

Wie bereits im 2. Nachtragshaushalt 2010 hingewiesen, werden die Kosten für die Beschaffung und feste Installation der 4 Geschwindigkeitsmessenanlagen auf nunmehr 40.000 € geschätzt. Zwar hätte eine Verschiebung dieses Projektes ins Jahr 2012 keine rechtlichen Folgen, aus Sicht der am Projekt beteiligten und insbesondere hier der Bürger, erscheint es jedoch geboten, die Maßnahmen, bei denen Konsens herrschte, zeitnah umzusetzen. Dieser Aspekt war bereits Gegenstand von Einwohnerfragen in der Stadtverordnetenversammlung und im BPA.

Die BPA-Mitglieder sehen die Notwendigkeit, den Aktionsplan auch in diesem Punkt in Angriff zu nehmen, wobei angesichts der Finanz- und Haushaltslage eine zeitliche Streckung dieser Investitionen befürwortet wird. Letztlich werden die oben genannten Anträge modifiziert, indem statt der 40.000 € im Jahr 2012 jetzt in den Jahren 2011 bis 2014 jeweils 10.000 € zur Installation je einer Anlage eingestellt werden.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

— **Seite 44 (grün), PSK 54100.0800000, Beschilderung Wegweisungssystem**

Vgl. Antrag Nr. AN/069/2010 der CDU-Fraktion

Über Antrag AN/069/2010 bzw. die darin vorgeschlagene Mittelkürzung wird abgestimmt.

**Abstimmungsergebnis: 5 dafür
4 dagegen**

Vgl. Frage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ob nach einer Aufweitung der Linksabbiegespur für den aus dem Reeshoop kommenden Verkehr die geradeaus fahrenden Busse den Knoten passieren dürften und wie viele Fahrzeuge über den Reeshoop kommend in die östliche Klaus-Groth-Straße Richtung CCA abbiegen.

Die Maßnahme wird vom BPA erörtert, wobei die Verwaltung die Fahrbahnaufweitung zeitlich nach Abschluss der Pflasterarbeiten im östlichen Abschnitt der Klaus-Groth-Straße und der Hochbaumaßnahme südöstlich des Knotens ausführen möchte, wobei der Verkehrsfluss kurzfristig verbessert werden sollte und eine anteilige Refinanzierung vom CCA vertraglich vorgesehen ist. Der Ausführungsplan wird vor Beginn des Vergabeverfahrens im BPA vorgestellt.

Abschließend wird über den Antrag von Mitgliedern der CDU-Fraktion abgestimmt, die Haushaltsmittel in Höhe von 65.000 € von 2011 ins Jahr 2012 zu schieben.

Abstimmungsergebnis: 3 dafür
6 dagegen

Vgl. Antrag Nr. AN/070/2010 der CDU-Fraktion

Der BPA unterstützt die Anregung der Verwaltung, die Darstellung im Haushalt möglichst dahingehend anzupassen, dass die Mittel auch einsetzbar wären, eventuell in Form eines Deckungskreises, für die über das Konto 045.... abzuwickelnde Beschaffung von ergänzenden Fahrradboxen.

Über den Antrag AN/070/2010 wird anschließend abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Vgl. Antrag Nr. AN/092/2010 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Auf die Vorstellung des Projektes im BPA wird ebenso verwiesen, wie auf die Vorstellungen zur Förderung des Radverkehrs im Rahmen des Masterplanes Verkehr.

Darüber hinaus betont der Antragsteller das von vielen Fraktionen bereits vor Jahren gegebene Versprechen, die Veloroute zeitnah zu realisieren.

Dagegen halten andere Mitglieder dieses Projekt nicht für vordringlich, zumal ein Planfall des Masterplans Verkehr die Öffnung des Wulfsdorfer Weges für den motorisierten Individualverkehr vorsieht und die Ergebnisse dieser Netzvariante noch ausstehen.

Letztlich wird über den Antrag AN/092/2010 abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: **2 dafür**
 6 dagegen
 1 Enthaltung

— **Seite 44 (grün), PSK 54100.0900038, Erneuerung Bornkampsweg**

Vgl. Antrag Nr. AN/071/2010 der CDU-Fraktion

Die Planung zum Ausbau des Bornkampsweges wurde vom Ausschuss ursprünglich für die Jahre 2009/2010 beauftragt. Der Zustand des Bornkampsweges ist desolat, sodass das in Kürze im Ausschuss zu behandelnde Straßenzustandskataster die Erneuerungsbedürftigkeit dokumentieren dürfte. Eine zeitnahe Umsetzung der Maßnahme ist aus Sicht der Verwaltung geboten wegen der Realisierung des Stadtteils Wilde Rosen und der Verlängerung der Buslinie 576 zwischen U-Ahrensburg West und Allmende, die ab Ostern 2011 ihren Betrieb aufnehmen soll.

Auch hier erinnern die Ausschussmitglieder an die Zusagen der Kommunalpolitik und die bei Geschwindigkeitsmessungen festgestellte Zahl und Höhe der Verstöße gegen die angeordneten Höchstgeschwindigkeiten.

Im Anschluss wird über den Antrag AN/071/2010 abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: **4 dafür**
 5 dagegen

— **Seite 45 (grün), PSK 54110.0900012, Erschließung B-Plan Nr. 82 (Beimoor-Süd westlich Kornkamp-Süd)**

Vgl. Anfrage der CDU-Fraktion, weshalb die ab 2011 bereitzustellenden Mittel für die restlichen Erschließungsmaßnahmen gegenüber der Darstellung im Haushalt 2010 erhöht worden sind.

Wie die Verwaltung betont, ist die Kostenerhöhung im Zusammenhang mit der Fortschreibung der Kosten zu sehen. Ein weiterer Grund ist der Radweg und die Umgestaltung der Knotenpunkte bzw. deren Untersuchung (die Knoten sind nun alle als allseitig befahrbar gedacht, im ersten Entwurf sollte dort nur rausgefahren werden). Ein weiterer Grund ist die notwendige Straßenraumverbreiterung, die vom BPA zwar befürwortet wurde, jedoch noch nicht zum Erwerb der notwendigen im Privatbesitz befindlichen Flächen (Streifen) geführt hat.

— **Seite 45 (grün), PSK 54110.0900034, Anlage der Grünflächen (Wanderweg vom Beimoorweg zum Schützenhaus)**

Vgl. Antrag Nr. AN/072/2010 der CDU-Fraktion

Unter Berücksichtigung der Planung, den Bau der Erschließungsanlagen im Gebiet des B-Planes Nr. 82 im Jahr 2011 nicht voranzutreiben, wäre eine zeitliche Streckung auch dieser Maßnahmen in Erwägung zu ziehen. Dieses betrifft insbesondere den Mittelansatz in Höhe von 64.000 €, der für die Beschaffung und das Pflanzen der Straßenbäume und des Straßenbegleitgrünes vorgesehen war. Unabhängig hiervon wäre die Entscheidung zu sehen, wann der Grünzug angelegt wird.

Nach kurzer Beratung erhält die CDU-Fraktion ihren Antrag aufrecht, sodass über den AN/072/2010 abgestimmt wird.

Abstimmungsergebnis:
7 dafür
1 dagegen
1 Enthaltung

— **Seite 45 (grün), PSK 54110.0900037, Erschließung des B-Planes Nr. 88 (Gebiet Beimoor-Süd östlich Kornkamp-Süd)**

Vgl. Antrag Nr. AN/091/2010 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Nachdem Sitzungsteilnehmer hierzu betont haben, dass sich östlich des Kornkamp-Süd Unternehmen ansiedeln wollen und in den Finanzplan Einnahmen durch die Veräußerung erschlossener Gewerbeflächen eingestellt sind, wird über den Antrag AN/091/2010 abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:
2 dafür
7 dagegen

— **Seite 45 (grün), PSK 54300.0453000, Lichtsignalanlage Manhagener Allee/Moltkeallee**

Vgl. Antrag Nr. AN/073/2010 der CDU-Fraktion, Antrag Nr. AN/101/2010 der WAB-Fraktion und Frage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ob die Maßnahme verschoben werden kann.

Es handelt sich bei dieser Anlage um ein älteres Modell, das zum einen jederzeit ausfallen kann und zum anderen mit relativ viel Energie betrieben werden muss. Die Erneuerung dieser Lichtsignalanlage war bereits mehrfach eingeplant und wurde auch 2010 verschoben, in dem diese Mittel zur Deckung anderweitiger überplanmäßiger Ausgaben verwendet wurden.

Letztlich wird über die gleichlautenden Anträge der WAB- und CDU-Fraktion abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:
Alle dafür

— **Seite 45 (grün), PSK 54300.0453000, Lichtsignalanlagen, hier: Am Aalfang/Manhagener Allee**

Vgl. Antrag Nr. AN/073/2010 der CDU-Fraktion

Nachdem die Verwaltung auf die Foren des Masterplans Verkehr hingewiesen hat, in denen die wenig radverkehrsfreundliche Schaltung der Lichtsignalanlage am Gesamtknoten angesprochen werden, stimmt der BPA dem Antrag AN/073/2010 zu.

Abstimmungsergebnis: **5 dafür**
 2 dagegen
 2 Enthaltungen

— **Seite 45 (grün), PSK 54400.0453000, Lichtsignalanlage Bornkampsweg**

Vgl. Antrag Nr. AN/074/2010 der CDU-Fraktion

Wie die Verwaltung vorab feststellte, kam im Rahmen der Planung Erneuerung Bornkampsweg heraus, dass für die ausfahrenden Verkehrsteilnehmer zur Sicherheitserhöhung eine Lichtsignalanlage mit dem Bund zusammen errichtet werden müsste. Vorgespräche hat es hierzu gegeben. Im Jahr 2011 sind weitere Gespräche hierzu geplant. Diese Anlage sollte 2013 errichtet werden. In den Abstimmungsgesprächen mit dem Landesbetrieb Verkehr wird es auch darum gehen, ob, wann und in welchem Umfang diese Maßnahme mitfinanziert wird durch den Träger der Baulast für die betroffene Bundesstraße.

Während sich einige Ausschussmitglieder für eine Streichung der gesamten Mittel von zunächst pauschal angesetzten 150.000 € aussprechen, sehen andere Mitglieder hier im Finanzplanungszeitraum einen Handlungsbedarf, sehen einen Lösungsansatz jedoch in einer Aufweitung von Fahrbahnen unter Verzicht auf die angedachte Lichtsignalanlage.

Über den Antrag AN/074/2010 wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: **4 dafür**
 5 dagegen

— **Seite 45 (grün), PSK 54400.0900002, Erneuerung Lärmschutzwand B 75**

Vgl. Antrag Nr. AN/074/2010 der CDU-Fraktion

Die vorhandene Lärmschutzwand zwischen der Lübecker Straße und dem Wohngebiet Gartenholz nördlich der Einmündung Gartenholz ist nach Aussage der Verwaltung in einem desolaten Zustand und muss erneuert werden.

Über den Antrag wird wie folgt abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 4 dafür
5 dagegen

— Seite 45 (grün), PSK 54400.0900022, Sanierung der Fahrbahn Tunnel Woldenhorn

Frage der CDU-Fraktion nach den Gründen für die Kostensteigerung.

Das Gutachten über den Zustand der Trogstrecke liegt vor; eine Ausfertigung ist bereits vor mehreren Monaten zum Landesbetrieb Verkehr nach Lübeck geschickt worden, wobei eine abschließende Bewertung von dort noch aussteht.

Noch nicht in Auftrag gegeben wurde eine belastbare Kostenschätzung, anhand der die Finanzierung konkretisiert werden könnte. Wegen des Umfangs der Sanierung und der damit einhergehenden Verkehrsprobleme auf der B 75 dürften hiermit hohe Kosten verbunden sein.

Der BPA nimmt Kenntnis und bittet, das Gutachten im März 2011 vorgestellt zu bekommen.

— Seite 46 (grün), PSK 54600.0900030, P + R-Anlage U-Bahnhof Ahrensburg West

Vgl. Antrag Nr. AN/075/2010 der CDU-Fraktion

Wie die Verwaltung anmerkt, waren die hier bereitgestellten 200.000 € für die Sanierung der P+R-Anlage ohnehin nur als Merkposten anzusehen. Für die Umsetzung des im Rahmenplan Stadteingang West vorgesehenen Projektes wären andere Investitionssummen erforderlich gewesen, die aber derzeit im Finanzplanungszeitraum nicht darstellbar sind.

Die vom BPA eingeforderte Vorstudie zur Verbesserung der Parksituation ist fast fertig; zunächst die Einstellung von Planungsmitteln im Finanzzeitraum wäre sinnvoll, um das Projekt in diesem Planungsschritt zum Abschluss bringen zu können.

Letztlich wird über den Antrag AN/075/2010 abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 4 dafür
5 dagegen

— Seite 46 (grün), PSK 54605.0800000, Ersatzbeschaffung Parkscheinautomaten

Vgl. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach den Stromkosten und der Nachrüstung von Zeitschaltuhren und solarbetriebenen Anlagen und Frage der CDU-Fraktion nach der Anzahl an PSA und deren Erneuerungsbedürftigkeit

Wie die Verwaltung in ihrer vorab verteilten Stellungnahme erinnert hat, sind bereits im Jahr 2010 4 Parkscheinautomaten ersetzt worden, da diese wegen des Alters und der starken Beanspruchung schon stark unterhaltungsbedürftig waren. Auch bei anderen Automaten nimmt die Störanfälligkeit zu mit der Folge, dass die Parkraumbewirtschaftung zeitweise ausgesetzt werden muss.

Es könnten je nach Ausstattungsmerkmalen bis zu 7 Parkscheinautomaten beschafft und installiert werden, wobei konkrete Standorte zwar angedacht sind, im Zusammenhang mit der Beratung über die Parkgebühren (vgl. TOP 9 der heutigen Sitzung) jedoch auch primär der Parkplatz Alte Reitbahn mit 3 oder 4 Automaten ausgestattet werden könnte.

Die Detailfragen beantwortet auf dem direkten Weg der Fachdienst IV.1. Die Verwaltung betont jedoch vorab, dass ein Solarbetrieb möglich ist, ein Nachrüsten der alten Anlagen jedoch wirtschaftlich nicht sinnvoll erscheint.

— **Seite 46 (grün), PSK 54705.0900001, Bahnhofspunkt Gartenholz, äußere Erschließung**

Die Bahnstation Gartenholz soll am 12.12.2010 in Betrieb gehen. Aufgrund der nunmehr vorliegenden Schluss- und Abschlagsrechnungen und unter Berücksichtigung der für das Inbetriebnahmeverfahren erforderlichen Arbeiten, die kurzfristig in Auftrag gegeben werden mussten, zeichnet sich bei dieser Position eine Kostenerhöhung von insgesamt 210.000 € ab, die wie folgt stichwortartig begründet werden:

- durch eine am umfangreicherer als geplante Geländergründung
- das Umändern der Zugangssituation auf der Westsseite (wesentlich mehr Bodenbewegungen)
- das Ändern der Geländer, Beleuchtung und Blindenleiteinrichtung auf einen neuen Standart
- weiterhin musste im Brückenbau mehr und umfangreicher Boden bei der Gründung ausgebaut werden (es war sehr feucht im Frühjahr 2009)
- die Glasaufhängung musste aus statischen Gründen geändert werden
- die Kosten für die Absenkung des LWL Kabels (Lichtwellenleiter) sind leider auch teurer geworden
- Nachträgliche Bepflanzung der Gabionenwände aus Vandalismussgründen (die Sprayer sollen nicht mehr die Wand ansprühen)

Die Verwaltung wird sich zwar kurzfristig mit den Fördergebern und hier insbesondere mit der LVS Schleswig-Holstein in Verbindung setzen, um diese aus städtischer Sicht notwendigen Aufwendungen anteilig gefördert zu bekommen, sieht jedoch wegen der vorsichtigen Veranschlagung von Einnahmen von der Ausweisung einer entsprechenden Position ab.

Der BPA nimmt Kenntnis und empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Ansatz entsprechend zu erhöhen.

Nachdem auf die Bemerkungen in den den BPA betreffenden **Teilergebnishaushalten** (vgl. weiße Blätter Seite 19 und ab 118) hingewiesen worden ist, werden vonseiten der Verwaltung insbesondere folgende Positionen des Ergebnishaushaltes erörtert:

— **Seite 130, PSK 54100.5431010 Gemeindestraßen/Spezielle Geschäftsaufwendungen**

Im Jahr 2011 sind bei dieser Position 25.000, im Jahr 2012 weitere 30.000 € vorgesehen als Datengrundlagenermittlung für die Straßenbeleuchtungsuntersuchung.

Die erste Überprüfung des Beleuchtungsbestandes hat ergeben, dass die Stadt an keiner Beleuchtungsanlage (Stromnetz, Schaltkasten, Mast und Leuchtkörper) einen VDE-Standard hat und diese auch nie sicherheitstechnisch überprüft hat. Als erster Schritt dieser Sicherheitsprüfung ist die Überprüfung des Bestandes mit allen Schaltkreisen und Netzlängen erforderlich. Ohne die Bestandserfassung kann keine spätere regelmäßige Prüfung erfolgen, da die Beurteilungsgrundlage fehlt.

Dadurch, dass die Beleuchtungsanlagen sehr umfangreich sind, werden die Bestandserfassungsmittel jährlich benötigt (bis etwa 2015), Prüfung ist periodisch.

Weiterhin muss die Standsicherheit der Masten überprüft werden.

Gleiches gilt für die speziellen Geschäftsaufwendungen für die Lichtsignalanlage.

— **Seite 131, PSK 54100.52..., laufende Bewirtschaftung eines Fahrradleihsystems**

Verweis auf den Antrag AN/055/2010 und das Beratungsergebnis im BPA am 03.11.2010, vgl. BPA-Protokoll Nr. 1672010; TOP 8 – danach wäre die Einführung eines Systems mit rd. 30 Rädern mit Kosten von ansatzweise rd. 3.000 €/Monat verbunden.

— **Seite 138, PSK 54500.5221020, Straßenreinigung/Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens durch den Bauhof**

— **und PSK 54500.5241000, Straßenreinigung Bewirtschaftung der Anlagen**

Frage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach der spürbaren Reduzierung des Mittelansatzes von 760.000 auf 430.000 € bzw. von 65.000 auf 40.000 €

Aufgrund des starken und lang anhaltenden Winters 2009/2010 sind im Jahr 2010 überdurchschnittlich hohe Kosten für die Durchführung des

Winterdienstes entstanden.

Die Ansätze für das Jahr 2011 wurden wieder auf das „Normalmaß“ zurückgesetzt, ausgehend von einem durchschnittlichen Winter. Unter der Bewirtschaftung der Anlagen ist im Übrigen zu verstehen die Beschaffung des Streumaterials.

Die Witterung Ende November/Anfang Dezember 2010 lässt jedoch darauf schließen, dass in diesem Aufgabengebiet zusätzliche Mittel benötigt werden könnten, die dann von der Stadtverordnetenversammlung überplanmäßig beschlossen werden müssten.

— **Seite 140, PSK 54605.4321000, Parkscheinautomaten/Erträge**

Vgl. Antrag Nr. AN/089/2010 der CDU-Fraktion, Vorlagen-Nr. 2010/096 und Beratungsergebnis unter TOP 8

Wie die Verwaltung einschätzt, könnte die Empfehlung des BPA zur Erhöhung und Neustrukturierung der Parkgebühren sowie die Erweiterung des Geltungsbereiches dazu führen, dass die Erträge jährlich von derzeit 320.000 € auf rd. 500.000 € steigen, im Jahr 2011 wegen der Umstellungsphase evtl. zunächst auf 450.000 €.

Der BPA bittet um Einstellung eines erhöhten Ansatzes.

— **Seite 141, PSK 54700.5221010, ÖPNV-Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens (einmalig) – hier: Industriestammgleis**

Vgl. Antrag Nr. AN/088/2010 der FDP-Fraktion

Andere Ausschussmitglieder halten die Option des Stammgleises für bedeutend bei der Standortentscheidung von (global agierenden) Unternehmen, wobei es die Verwaltung angesichts des Zustandes der Gleisanlage auch im Hinblick auf den wirtschaftlichen Mitteleinsatz für dringend geboten hält, den Verfall mit Unterhaltungsmitteln zu stoppen.

Abschließend wird über den Antrag AN/088/2010 abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:	1 dafür
	8 dagegen

— **Seite 141, PSK 54700.5312000, ÖPNV-Zuweisungen und Zuschüsse (an Kreis)**

Vgl. Antrag Nr. AN/108/2010 und Vorlagen-Nr. 2010/130

Der konkrete Finanzbedarf und der im Einzelfall beschlossene Mitteleinsatz ist der Vorlage 2010/130 zu entnehmen, anhand der der BPA in seiner Sitzung am 17.11.2010 der Verlängerung der Buslinie 576 nach Wulfsdorf beschlossen hat: Danach entstehen im Jahr 2011 Kosten von 202.500 € (+ 17.500 €), wobei ein Ausgleich innerhalb des

Produktes durch eine entsprechende Anhebung der Einnahmeposition 54700.4482000 (Endabrechnung der Vorjahre) möglich ist.

In den Folgejahren ist bei gleicher Bestellung von Leistungen mit Kosten von zunächst 215.000 € pro Jahr auszugehen, wobei kein Spielraum bleibt, die Ideen des Masterplanes Verkehr umzusetzen oder Änderungen bei dem nachfrageorientierten Angebot des Kreises abzufedern bzw. abzufangen.

Der als Tischunterlage verteilte Antrag AN/108/2010 wird vom Antragsteller begründet, wobei dieser mit Blick auf die Finanz- und Haushaltslage die Notwendigkeit in Frage stellt, dass die Busbedienung Wulfsdorfs mit den gering prognostizierten Fahrgastzahlen derzeit von der Stadt finanziert werden muss.

Letztlich wird über den Antrag AN/108/2010 der SPD-Fraktion abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:	2 dafür
	6 dagegen
	1 Enthaltung

Hierdurch bleibt es bei dem durch die Vorlagen-Nr. 2010/130 ausgelösten Anpassungsbedarf.

Abschließend stimmt der BPA über die Beschlussvorschläge der Vorlagen-Nr. 2010/127 ab mit der Maßgabe, dass die beschlossenen Änderungen berücksichtigt werden.

Abstimmungsergebnis:	7 dafür
	2 dagegen

11 Kennntnisnahmen

11.1 Unterbrechung der Pflasterarbeiten in der Klaus-Groth-Straße

Die Verwaltung berichtet, dass aufgrund des frühzeitigen Frostes die Pflasterarbeiten in der Klaus-Groth-Straße unterbrochen werden mussten. Da die Weiterarbeit erst nach dem Frost erfolgen kann, ist es möglich, dass die Klaus-Groth-Straße erst in 2011 fertig gestellt werden kann.

11.2 Beschlusskontrolle

Dem Protokoll wird eine Liste beigelegt, der entnommen werden kann, in welcher Form und wann die Beschlüsse des BPA umgesetzt worden sind.

11.3 Anträge aus der Einwohnerversammlung vom 30.11.2010

Die Verwaltung fügt dem Protokoll 3 Anträge aus der Einwohnerversammlung vom 30.11.2010 bei. Diese werden zunächst in der Stadtverordnetenversammlung behandelt und dann ggf. in die entsprechenden Ausschüsse zurückgegeben.

11.4 Beschaffung von 3 neuen Transparentanlagen

Dem Protokoll wird ein Vermerk über die Beschaffung von 3 neuen Transparentanlagen beigelegt.

11.5 Weihnachtsessen des BPA

Die Verwaltung weist nochmals darauf hin, dass das Weihnachtsessen am 15.12.2010 ab 20:00 Uhr im Restaurant Strehl, Reeshoop 50, stattfindet und erinnert die Ausschussmitglieder, dass eine Anmeldung noch heute erforderlich ist.

11.6 Quartiersumbau Reeshoop - B-Planverfahren

Die Verwaltung fügt dem Protokoll ein Schreiben an die Neue Lüneburger bei, welches zu dem von der Neuen Lüneburger kritisierten zähen Planungsprozess Stellung nimmt.

12 Verschiedenes

12.1 Mobile Geschwindigkeitsmessenanlagen

Ein Ausschussmitglied weist darauf hin, dass die mobilen Geschwindigkeitsmessenanlagen des Öfteren ausfallen. Wie die Verwaltung berichtet, hängt dies damit zusammen, dass die Geschwindigkeitsmessenanlagen nicht an das Stromnetz angeschlossen sind, sondern über Akkus betrieben werden. Diese sind aufgrund ihres Alters nicht mehr so leistungsstark und sind bei Gelegenheit durch neue Akkus zu ersetzen.

12.2 Umgangsformen zwischen den Ausschussmitgliedern

Ein Ausschussmitglied bezieht sich auf einen kürzlich erschienenen Artikel, in dem sich ein Ausschussmitglied sehr unsachlich über eine vorausgegangene Sitzung und deren Teilnehmer geäußert hat. Es bittet darum, dass zukünftig solche unsachlichen, teilweise persönlich angreifenden Äußerungen vermieden werden sollten.

12.3 Abwägungsprozess für den B-Plan Nr. 91 "Hansdorfer Straße"

Ein Ausschussmitglied bezieht sich auf den Antrag der Interessengemeinschaft „Hansdorfer Straße“ in der Einwohnerversammlung vom 30.11.2010, in dem ein Treffen der Interessengemeinschaft und den Bauausschussmitgliedern gefordert wird. Es weist darauf hin, dass der Abwägungsprozess noch sorgfältiger als sonst schon üblich durchgeführt werden muss und dass ggf. mit zusätzlichen Anträgen gearbeitet werden muss, um ein optimales und allgemein anerkanntes Ergebnis zu erzielen.

12.4 Container in der Stormarnstraße

Ein Ausschussmitglied bittet darum, den Containerstandort an der einen Ecke Schimmelmanstraße/Stormarnstraße/Friedensallee zu überprüfen und ggf. Container zu versetzen, da dieser Container nicht in der vorgesehenen Einfassung steht.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Verwaltung wird sich mit dem Eigentümer des fraglichen Altkleidercontainers in Verbindung setzen und diesen auffordern, den Container umgehend zu entfernen.

12.5 Anfragen eines Bürgers zur Straßenreinigung, Laubentsorgung und Straßenbeschilderung

Auf Bitte des Vorsitzenden beantwortet die Verwaltung im Protokoll Fragen eines Bürgers, die dieser vor der Sitzung schriftlich an den Vorsitzenden gestellt hat.

In der Parkallee befinden sich auf der rechten Seite, von der Manhagener Allee kommend, über einige hundert Meter diverse Schilder „Absolutes Halteverbot, donnerstags von 07:00 bis 09:00 Uhr“. Der Grund Straßenreinigung (die übrigens inzwischen kommt, wann sie will! – wenn sie kommt. Aber das ist ein anderes Thema.) Ich hatte die Verwaltung mehrfach angeschrieben.

Anmerkung der Verwaltung:

Während der „Laubphase“ war es für die Reinigungsfirma schwer, den Kehrplan einzuhalten. Aufgrund der großen Laubmengen, die sich auch teilweise auf der Fahrbahn befanden, musste die Kehrmaschine mit geringerem Tempo fahren und dazu kam eine häufigere Leerung auf dem Kehrgutzwischenlager der Stadtbetriebe. Um den Reinigungsplan abzuarbeiten, hat die beauftragte Firma zusätzlich am Sonnabend mit mehreren Kehrmaschinen im Stadtgebiet gereinigt.

Die Anwohner der Moltkeallee wollten keine Straßenschilder. Nun sind sie anfangs der Moltkeallee doch da, ebenfalls absolutes Halteverbot, wechselseitig. Ich hatte damals angeregt, dass nur auf der rechten Seite (von der Manhagener Allee kommend) der Moltkeallee geparkt wird. Der Grund: Wegen einer Kurve ist die Straße nicht einsehbar. Die anliegenden Bilder zeigen es. Warum hat man das nicht gemacht? Nach Rücksprache mit der Verwaltung war man meiner Meinung. Aber was nützt die Meinung eines Bürgers? Stuttgart 21 lässt grüßen (wegen Behördenwillkür).

Anmerkung der Verwaltung:

Die Verkehrssituation in der Moltkeallee wurde über längere Zeit sowohl von der Polizei als auch der Verkehrsaufsicht beobachtet. Hierbei wurde festgestellt, dass die ursprüngliche Planung, keine Halteverbote in der Moltkeallee aufzustellen, aus Gründen der Verkehrssicherheit nicht beibehalten werden konnte.

Beidseitig parkende Fahrzeuge behinderten den fließenden Verkehr in der Moltkeallee, da diese die Sicht auf den entgegenkommenden Verkehr erheblich erschwerten bzw. ganz verhinderten. Dies wiederum führte zu vielen Gefahrenmomenten und Fastunfällen. Auch war durch die beidseitig parkenden Fahrzeuge kein Begegnungsverkehr mehr möglich.

In Abstimmung mit der Polizei wurden daher die jetzigen Haltverbotbereiche angeordnet, die dem gesetzlichen Auftrag der Aufrechterhaltung der Sicherheit und Geschwindigkeitsreduzierung und Stellflächen Rechnung trägt.

Die alternierenden Haltverbotsstrecken sind so ausgewählt, dass die Sichtbeziehungen zwischen den Verkehrsteilnehmern optimiert und Begegnungsverkehr gut möglich ist, ferner aber auch die Anzahl der durch die Maßnahme verlorengegangenen Stellflächen so gering wie möglich gehalten wird.

Bis in den Mai(!) dieses Jahres lagen an der Ecke Bargenkoppelredder/Ahrensfelder Weg zwei riesige Laubhaufen aus Privatgärten. Es gibt dort nur eine Eiche in der Straße und keine Birken und Buchen. Ich hatte Frau Nonnenkamp deswegen mehrfach angeschrieben. Nach langen Mühen hatten die Anwohner dann die Laubhaufen beseitigt. Dieses Jahr lagen die Haufen wieder da. Wieder habe ich Frau Nonnenkamp angeschrieben! Doch dieses Mal hat die Stadt das Problem elegant gelöst, indem sie die Haufen entsorgt hat. Dieses zum Thema Ordnung, Aktivitäten der Verwaltung und Kosten.

Anmerkung der Verwaltung:

In dem genannten Bereich befindet sich eine große Eiche auf öffentlichem Grund. Wie in anderen Straßen auch, ist die Stadt den Anliegerinnen und Anliegern bei der Laubbeseitigung (Laub, das vom Geh- und Radweg stammt) behilflich. Die Stadtbetriebe Ahrensburg haben das Laub im Herbst 2010 ein Mal abgefahren. Weitere Laubhaufen, die die Anliegerinnen und Anlieger von dem Privatgrundstück auf öffentliche Flächen bringen, werden nicht mehr von den Stadtbetrieben entsorgt.

12.6 Schlüsselübergabe für das Peter-Rantzau-Haus

Die Ausschussmitglieder machen ihren Unmut darüber breit, dass der Termin für die Schlüsselübergabe des Peter-Rantzau-Hauses ausgerechnet an einem Tag stattfindet, an dem sowohl der Bau- und Planungsausschuss als auch der Umweltausschuss tagen.

Sie bitten die Verwaltung darum, zukünftig bei Terminfestlegungen, insbesondere bei dem Termin für die Einweihung des Peter-Rantzau-Hauses solche Überschneidungen zu vermeiden.

gez. Jörg Hansen
Vorsitzender BPA

gez. Dieter Heidenreich
Vorsitzender UA

gez. Maren Uschkurat
Protokollführerin

gez. Ulrich Kewersun
Protokollführer zu